



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 28. Juni 2012

Bericht aus Berlin 9/2012

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

hinter uns liegen Monate, in denen sich die Krise in Europa zugespitzt hat. Die Bundesregierung hat es nicht vermocht, den Teufelskreis aus instabilen Finanzmärkten, hohen Staatsschulden und einer um sich greifenden Rezession zu durchbrechen. Im Gegenteil, in zwei Jahren verfehlter Krisenbewältigung sind die Schulden der Krisenländer nicht gesunken, sondern gewachsen, und die Risiken für Deutschland sind nicht geringer, sondern größer geworden. Wir haben stetig gewarnt, dass Kredithilfen und Kürzungsprogramme nicht ausreichen, wenn Vertrauen wegbricht und die Wirtschaft erlahmt. Erst allmählich aber und erst mit den schlechteren Konjunkturaussichten auch für unser Land setzt sich nun die Einsicht durch, dass es Deutschland auf Dauer nicht gut gehen kann, wenn es Europa schlecht geht. Hinzu kommt, dass die EZB dort, wo Merkel blockiert, einspringen muss und durch umfangreiche Aufkäufe von Staatsanleihen ebenso wie durch eine Billion Euro an billigen Krediten für Banken die Krise einzudämmen versucht - eine Tatsache, über die Schwarz-Gelb beharrlich schweigt, weil es den Preis der eigenen Handlungsschwäche offenbart. Das ist



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

die niederschmetternde Bilanz und das historische Versagen des Systems Merkel in der Eurokrise.

Der Verlauf dieser letzten Monate bestätigt uns in der Auffassung, dass ein fantasieloses Autoritätsprogramm inmitten einer immer stärker werdenden Rezession, die sich vom Rand bis in den Kern der Eurozone frisst, kein Ausweg sein kann. Ein Fiskalpakt, der Verschuldungsgrenzen für Staaten institutionalisiert, kann erst tragen, wenn der wirtschaftliche Einbruch überwunden ist. Ohne starke ökonomische Basis wird jede Schuldenbremse Makulatur. In dem Moment, in dem nach Griechenland, Portugal und Irland auch Spanien als viertgrößte Volkswirtschaft der Währungsunion Hilfe aus europäischen Rettungsprogrammen beantragen musste, sollte auch dem Uneinsichtigsten langsam dämmern, dass Europa mit Merkels Politik auf ein Zerschneiden des Euro zuschittert. Der Preis, den Deutschland für dieses Scheitern zu zahlen hätte, ist kaum bezifferbar. Ökonomisch trafe es nicht nur Staat, Banken und Sparer, sondern auch unsere Industrie und unseren Mittelstand. Erneut wären die 2008 und 2009 mühsam gesicherten Arbeitsplätze gefährdet. Die politischen Kosten einer Renationalisierung Europas wären schlechthin desaströs.

In diesen letzten Monaten hat sich die Sozialdemokratie zu keinem Zeitpunkt einer Lösung der Krise in Europa verweigert. Wir haben öffentlich immer wieder klar zu machen versucht: Nur wenn die Ursache der Staatsverschuldung in der Finanzmarktkrise erkannt, nur wenn die Abwärtsspirale aus Verschuldung und Rezession, Hoffnungslosigkeit und Protest durchbrochen, nur wenn Konsolidierung durch nachhaltiges Wachstum gestützt wird, kann Europa die Schuldenkrise überwinden. Mit dieser Leitlinie sind wir in zum Teil dramatische Verhandlungen mit der Bundesregierung eingetreten.

Wir können heute nicht sagen, ob das erreichte Ergebnis schon ausreicht, um den Zusammenhalt Europas zu bewahren. Aber ich bin sicher, dass in diesen Monaten etwas Entscheidendes passiert ist: Es geht schon lange nicht mehr nur um eine Zustimmung zum Fiskalpakt. Es geht inzwischen vor allem darum, der europäischen Krise mit einer anderen Politik zu begegnen. Ein Anfang ist jetzt gemacht. Mit der Verständigung zwischen SPD, Grünen und Bundesregierung über einen europäischen „**Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung**“ gesteht die schwarz-gelbe Koalition zugleich das Scheitern ihres bisherigen Krisenmanagement ein.

Blockiert haben Union und FDP lange Zeit die gerechte Besteuerung der Finanzmärkte. In den Verhandlungen haben wir den Durchbruch zur **Einführung einer Finanztransaktionssteuer** erreicht. Das ist ein großer Erfolg der deutschen Sozialdemokratie, den wir kaum hoch genug einschätzen können. Wir erreichen damit,



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

dass die Verursacher der Krise substantziell an den Kosten ihrer Überwindung beteiligt werden. Die Bundesregierung wird morgen in einem Kabinettsbeschluss klar stellen, dass sie das umfassende Modell einer Besteuerung insbesondere von Aktien, Anleihen, Investmentanteilen, Devisentransaktionen sowie Derivatekontrakten zugrunde legt. Sie wird klar stellen, dass sie die Steuer nun durch die Verstärkte Zusammenarbeit von neun gleichgesinnten EU-Mitgliedstaaten auf den Weg bringt. Die Bundesregierung hat außerdem einem Zeitplan zugestimmt. Auf dem letzten Treffen der Finanzminister der Eurozone wurde der erste Schritt schon unternommen und festgestellt, dass die Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten für den Richtlinienentwurf der Kommission nicht zu erreichen ist. Neun Partner für die Verstärkte Zusammenarbeit haben sich jetzt zum Handeln bereit erklärt. Unverzüglich soll es jetzt zu einem Antrag auf Verstärkte Zusammenarbeit kommen, mit dem Ziel, das Gesetzgebungsverfahren bis Ende 2012 abzuschließen.

Wir haben außerdem erreicht, dass die Bundesregierung sich zu erheblichen **Impulsen für höhere Investitionen in Wachstum und Beschäftigung** bekennt. Dazu gehört, dass nicht abgerufene Mittel aus den Strukturfonds der laufenden Finanzperiode rasch und gezielt für wachstums- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen eingesetzt werden. Außerdem darf es bei den Verhandlungen über den neuen Mittelfristigen Finanzrahmen 2014-2020 zu keinen Kürzungen bei den Investitionen in den Struktur- und Kohäsions- und im Sozialfonds kommen. Weiter wird die Bundesregierung eine Kapitalaufstockung der Europäischen Investitionsbank um 10 Mrd. Euro anstreben, was zu Investitionen von bis zu 180 Mrd. Euro führt. Auch das Programm für europäische Projektanleihen soll bei Bedarf bis Ende 2013 auf bis zu 1 Mrd. Euro aufgestockt werden, womit Investitionen von 18 Mrd. Euro zu erreichen sind. Schließlich wird das Recht der Jugendlichen auf Ausbildung und Arbeit gestärkt, wozu ein Ausbildungsplatz oder ein Arbeitsangebot spätestens 4 Monate nach Verlassen der Schule oder nach Eintritt in Arbeitslosigkeit gehört.

Der Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung liegt Euch in Form eines „Gemeinsamen Papiers der Bundesregierung und der Fraktionen“ vor. Ich bitte Euch heute um Eure Zustimmung zu diesem Verhandlungsergebnis.

Vor der 2./3. Lesung von Fiskalpakt und Europäischem Stabilitätsmechanismus (ESM) im Deutschen Bundestag hatte die Bundesregierung allerdings weitere Schritte zu gehen. Zur Voraussetzung für einen Beschluss im Bundestag haben wir die **Einigung zwischen Bund und Ländern** über die innerstaatliche Umsetzung des Fiskalvertrages gemacht. Diese Einigung wurde am vergangenen Sonntag mit einem eindeutigen Verhandlungserfolg der SPD-geführten Länder erreicht. Auch sie liegt Euch vor: Die verfassungsrechtlich geschützte Haushaltsautonomie der Länder wird nicht



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

beeinträchtigt. Die Länder tragen keine Verpflichtungen, die über die bisher geltende Schuldenregel des Grundgesetzes hinausgehen. Der Bund haftet für den Fiskalvertrag im Außenverhältnis, wozu bis 2019 etwaige Sanktionszahlungen bei Verstößen gehören. Bund und Länder legen 2013 erstmals gemeinsame Anleihen, so genannte „Deutschlandbonds“, auf, die den Ländern niedrigere Zinsen ermöglichen und die auch im Zuge eines sich durch Verschuldungsgrenzen verkleinernden Anleihemarktes ökonomisch sinnvoll sind. Schließlich erhalten die Länder zusätzliche Investitionsmittel für den Kitausbau in Höhe von 580,5 Mio. Euro und eine Erhöhung der Betriebsmittel um 75 Mio. Euro. Eine Neuordnung der Eingliederungshilfe soll in der nächsten Legislaturperiode erfolgen. Das ist beachtliches Ergebnis.

Eines dürfen wir bei all dem nicht vergessen: Europa braucht in dieser kritischen Phase seiner Geschichte eine stärkere demokratische Legitimation. Deshalb haben wir in den Verhandlungen mit der Bundesregierung durchgesetzt, dass sie darauf hinwirkt, das Europäische Parlament bei den Reformüberlegungen zur vertieften wirtschaftlichen und finanzpolitischen Integration angemessen zu beteiligen. Darüber hinaus gilt für die Sozialdemokratie: Bei allen Schritten, die wir zur Stabilisierung der Europäischen Währungsunion gehen, sind die **Rechte des Bundestages** zu wahren.

Die Koalition hat erst diese Woche - nachdem wir nun seit Monaten auf verfassungsrechtliche Klärungen drängen - entschieden, nicht nur den Fiskalpakt, sondern auch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit einer 2/3-Mehrheit im Bundestag zu verabschieden. Es spricht für sich, dass die Koalition nach drei Monaten Debatte über das Gesetz nun kurz vor Schluss in einer zentralen Frage noch einmal eine Kursänderung vornimmt. Gleichwohl ist das Ergebnis richtig: Der ESM hat insbesondere unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Juni eine klare Verfassungsrelevanz.

SPD und Grüne haben außerdem durchgesetzt, dass Bundestag und Bundesrat sowohl beim ESM als auch beim Fiskalpakt umfassend beteiligt werden. Beim ESM bedeutet das, dass der Bundestag - wie schon beim EFSF - den wesentlichen Entscheidungen vorab zustimmen muss, bevor die Bundesregierung oder ein deutscher Vertreter in Brüssel und Frankfurt grünes Licht geben können. Für den Fiskalpakt werden wir im Fiskalpaktratifizierungsgesetz sicherstellen, dass der Bundestag frühzeitig, fortlaufend und vor allem *schriftlich* informiert wird. Gegen erheblichen Widerstand der Koalition wird das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) schon in dieser Woche dahingehend geändert, dass die Bundesregierung den Bundestag auch über Eurogipfel und Initiativen der Eurogruppe schriftlich unterrichten muss. Das gilt sowohl für die Anwendung des Fiskalpaktes als auch für alle anderen Angelegenheiten, die dort



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

besprochen werden. Damit ist ein erster Schritt zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Juni getan. Eine umfassende Reform der Beteiligungsrechte des Bundestages wird bis Ende des Jahres erfolgen.

Weitere Sitzungen des Bundestages im Verlauf des Sommers sind sehr wahrscheinlich. Zunächst geht es um Spaniens Antrag auf Rekapitalisierung seiner Banken, der von den Euro-Finanzministern am 9. Juli beraten wird. Auch Zypern, dessen Banken traditionell eng mit Griechenland verbunden sind, hat einen Antrag auf europäische Hilfen gestellt. Schließlich steht in Frage, ob das Hilfsprogramm für Griechenland überarbeitet werden muss, um dem Land mehr Zeit für die Konsolidierung zu geben.

Die Tragweite dieser Krise erfordert ganz offenkundig weitere Schritte, um die Finanzstabilität in Europa zurückzugewinnen. Wir brauchen eine Lösung für das schwelende Problem der angeschlagenen Banken. Eine Bankenrettung darf nicht unkonditioniert erfolgen, sie muss vielmehr Risiken eindämmen. Wir brauchen, auch wenn Schwarz-Gelb davor die Augen verschließt, eine Initiative zur Konsolidierung der Staaten auf der Einnahmeseite durch gemeinsame Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze der Unternehmensbesteuerung in Europa. Auch die Diskussion darüber, wie wir mit den Altschulden umgehen, neues Vertrauen schaffen und die Verpflichtung zum Schuldenabbau mit der gemeinschaftlichen Sicherung für einen Teil der Anleihen der Eurostaaten verbinden, wird weitergehen.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Betreuungsgeld verhindern, Kitas ausbauen

Ab 2013 sollen Eltern ein Betreuungsgeld erhalten, wenn sie für ihre ein- bis dreijährigen Kinder keine Kindertageseinrichtung in Anspruch nehmen. Diese Leistung ist bildungs-, integrations- und gleichstellungspolitisch verfehlt und verfassungsrechtlich problematisch. Zudem verursacht sie hohe Kosten. Sie wird von Fachverbänden, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und einer gesellschaftlichen Mehrheit abgelehnt. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung daher auf, das Betreuungsgeld nicht einzuführen. Die dafür vorgesehenen Mittel sollen in den Ausbau von frühkindlicher Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren fließen. Der Rechtsanspruch für Kinder auf Förderung ab dem 1. August 2013 ist umzusetzen. Bund, Länder und Kommunen müssen auf einem Krippengipfel konkrete Maßnahmen dazu verabreden.

Pflegereform durchführen

Die Pflegeversicherung hat sich als solidarische und paritätisch finanzierte Sozialversicherung bewährt. Die Pflegepolitik muss auf den demographischen Wandel vorbereitet werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Der Pflegebedürftigkeitsbegriff muss reformiert werden. Dementiell erkrankte Menschen, psychisch Kranke und pflegebedürftige Kinder sollen dabei berücksichtigt werden. Die Pflegeberatung ist auszubauen. Pflegepersonen müssen durch Beratung und die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf unterstützt werden. Pflegekräfte brauchen bessere Arbeits- und Entwicklungsbedingungen. Dazu gehören eine reformierte und gebührenfreie Ausbildung, höhere Bezahlung und geregelte Weiterbildungsmöglichkeiten. Weiterhin ist die kommunale Pflegeinfrastruktur auszubauen. Vor allem die häusliche Pflege muss unterstützt werden. Schließlich muss eine Bürgerversicherung Pflege eingeführt werden.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Schüler-BaföG einführen

Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien machen weiterhin selten Abitur. Damit sie nicht aus wirtschaftlichen Gründen nach dem Sekundar-I-Abschluss eine Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit aufnehmen, bedürfen sie finanzieller Unterstützung. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, das BaföG auf alle bedürftigen Schülerinnen und Schüler ab Klasse 10 auszuweiten. BaföG soll auch gezahlt werden, wenn sie bei den Eltern wohnen. Wohnen sie nicht mehr bei den Eltern, erhalten die Schülerinnen und Schüler einen Wohnkostenzuschuss. Die Bundesregierung muss mit den Bundesländern über die gemeinsame Finanzierung der erweiterten Ausbildungsförderung verhandeln. Im Haushaltsjahr 2013 sollen zusätzlich 100 Millionen Euro bereit gestellt werden. Nur dann kann die erweiterte Schülerförderung im Schuljahr 2013/2014 beginnen.

Gleichgeschlechtliche Ehen ermöglichen

Eingetragene Lebenspartnerschaften sind Ehen noch nicht vollständig gleichgestellt. Weiterhin werden Lebenspartner beim Einkommenssteuerrecht nicht gemeinsam veranlagt. Die gemeinsame Adoption eines fremden Kindes ist für sie nicht möglich. Diese Diskriminierungen können durch eine rechtliche Gleichstellung der Lebenspartnerschaft nur unzureichend beseitigt werden. Daher fordern wir die Bundesregierung in unserem Antrag auf, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen.

Mittelstand fördern

Der Mittelstand bildet das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Er steht vor den Herausforderungen der Fachkräftesicherung, der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise und besserer Bedingungen für Gründungen.

Mit unserer **Großen Anfrage** fordern wir die Bundesregierung auf, zu zentralen Handlungsfeldern der Mittelstandspolitik Position zu beziehen. Die Entwicklung des Mittelstands und seiner Beschäftigten wird dabei beleuchtet. Es wird nach Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs gefragt, die Aus- und Weiterbildung sowie die Anwerbung von Arbeitnehmern aus Drittländern betreffen. Auch für den Bereich Energie und Rohstoffe werden wichtige Handlungsfelder



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

identifiziert. Wir fordern ein klares Leitbild für Forschung und Entwicklung sowie soziale Sicherung im mittelständischen Bereich. Schließlich werden verschiedene Wirtschaftsbereiche und ihre spezifischen Probleme thematisiert.

In unserem **Antrag** fordern wir die Bundesregierung auf, die Finanzierung des Mittelstands sicher zu stellen. Eine Mittelstandsanleihe ist vonnöten, um den steigenden Liquiditätsbedarf der mittelständischen Wirtschaft zu decken. Das Kombiprogramm zur Liquiditätssicherung für kleine und mittlere Unternehmen von Bürgschaftsbanken und Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften muss weitergeführt werden. Damit werden Betriebsmittel und eigenkapitalstärkendes Beteiligungskapital bereit gestellt. Zudem soll das Instrumentarium der Bürgschaftsbanken erweitert werden. Innerhalb von zwei Jahren sind die neuen Regelungen zu evaluieren.

Energie- und Klimafonds finanzieren

Der „Energie- und Klimafonds (EKF)“ soll eine haushaltsunabhängige Finanzierung der Energiewende sicher stellen. Er wird hauptsächlich aus Erlösen des CO²-Emissionszertifikatehandels gespeist. Der Preisverfall der Zertifikate hat jedoch zu Einnahmeausfällen geführt. Ein Liquiditätsdarlehen aus dem Bundeshaushalt soll dies ausgleichen. Dies wird allerdings für eine angemessene Ausstattung der EKF-Programme nicht ausreichen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung daher auf, eine belastbare Preiskalkulation und Berechnung für die in Zukunft zu erwartenden Erlöse vorzulegen. Außerdem soll sich die Bundesregierung für die Anhebung des EU-Klimaschutzziels auf mindestens 30 Prozent CO²-Reduktion bis 2020 einsetzen. Die Programmkürzungen im EKF müssen verhindert werden. Zudem soll ein Finanzierungskonzept für die Energiewende und den Klimaschutz vorgelegt werden. Programme und Maßnahmen im EKF sind wieder in die Einzelpläne des Bundeshaushalts zu überführen.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf dazu einzubringen. Fristgerecht gestellte Rentenanträge, die nach 2009 bewilligt wurden, sollen rückwirkend ab dem 1. Juli 1997 ausgezahlt werden. Alternativ soll die Anerkennungsrichtlinie für steuerfinanzierte Entschädigungsleistungen so geändert werden, dass der Betrag, der sich aus der Summe der monatlichen Rentenzahlungen bei einem Rentenbeginn ab dem Jahr 1997 ergeben hätte, als Kapitalzahlung gewährt wird.

Glücksspielsucht bekämpfen

Geldspielautomaten haben einen besonders großen Suchtfaktor. Ihre Verbreitung ist in den letzten Jahren gestiegen. Damit das staatliche Glücksspielmonopol erhalten bleibt, fordert die EU ein System der Suchtprävention in allen Glücksspielbereichen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, gemeinsam mit den Ländern ein kohärentes Gesamtsystem zur Bekämpfung von Spielsucht zu entwickeln. Der Glücksspielmarkt darf nicht durch die Länder erweitert werden. Bei Spielautomaten sollen die Suchtprävention und der Unterhaltungscharakter gestärkt werden. Der Jugendschutz muss verschärft werden. Die Zahl der Geldspielautomaten in Spielhallen und gastronomischen Einrichtungen ist zu reduzieren. Die Kommunen brauchen mehr Spielraum, um die Standorte von Spielhallen zu bestimmen.

Doping im Sport bekämpfen

Doping gefährdet die Grundwerte des Sports. Die Nationale Anti Doping Agentur Deutschland (NADA) soll Doping verhindern. Die Bundesregierung hat die finanzielle Unterstützung der NADA jedoch reduziert und plant weitere Kürzungen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, den Bundestag umfassend über die Vorgänge am Olympiastützpunkt Thüringen zu informieren. Vor allem muss geklärt werden, ob Steuergelder zur Unterstützung von Doping eingesetzt wurden. Alle Olympiastützpunkte, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkte müssen auf Blutmanipulation überprüft werden. Sportlerinnen und Sportler, die für die Olympischen Spiele trainieren, müssen frei von jeglichem Dopingverdacht sein. Die NADA ist ausreichend zu finanzieren, um Doping effektiv zu bekämpfen und Prozesse gegen Dopingbetrüger führen zu können.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pferde schmerzfrei kennzeichnen

Das Tierschutzgesetz erlaubt die Kennzeichnung von Pferden durch Schenkelbrand, obwohl sie schmerzhaft ist. Dabei müssen Pferde, die nach dem 1. Juli 2009 geboren sind, laut EU-Verordnung mit einem Transponder gekennzeichnet werden. Dies macht den Schenkelbrand obsolet. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die Kennzeichnung von Pferden durch Schenkelbrand zu verbieten.

Westlichen Balkan auf dem Weg in die EU unterstützen

Die Perspektive des EU-Beitritts hat in den Ländern des westlichen Balkans wichtige Reformprozesse angeregt. Diese Dynamik wird sich nur fortsetzen, wenn die Länder dabei weiterhin unterstützt werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft für alle Länder des westlichen Balkans aufrecht zu erhalten. Die Staaten sollen bei ihren Reformbemühungen unterstützt werden. Es müssen ausreichende Mittel für ihre politische, wirtschaftliche und soziale Stabilisierung zur Verfügung stehen. Der EU-Beitrittsvertrag Kroatiens soll bald von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Serbiens Reformbemühungen sind zu unterstützen und Beitrittsverhandlungen mit Montenegro zu eröffnen. Der Kosovo soll von allen EU-Mitgliedstaaten anerkannt werden. Mazedoniens Integration in die NATO ist zu überprüfen.

UNIFIL-Mandat verlängern

Die Bundesregierung will die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) um ein Jahr verlängern. Die UNIFIL-Mission wurde bereits 1978 beschlossen und ist damit eine der ältesten aktiven Beobachtermissionen der Vereinten Nationen. Im Jahr 2006 wurde die Mission erweitert und auf die Küstengewässer des Libanon ausgeweitet. Das deutsche UNIFIL-Mandat umfasst weiterhin die Sicherung der seeseitigen Grenzen und die Unterstützung der libanesischen Streitkräfte beim Aufbau von maritimen Fähigkeiten zur Kontrolle der Küstengewässer. Die personelle Obergrenze des Mandats liegt bei 300 Soldatinnen und Soldaten. Die Zusatzausgaben für die Verlängerung betragen 31,3 Mio. €. Davon entfallen 15,6 Mio. € auf das



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Haushaltsjahr 2012 und rund 15,7 Mio. € auf das Haushaltsjahr 2013. Die UN-Mission UNIFIL trägt mit ihrer maritimen Komponente zur Vermeidung bewaffneter Auseinandersetzungen und zur Stabilität des Libanon und der gesamten Region bei. Zugleich wird angesichts der Verschlechterung der Sicherheitslage im Libanon dem UNIFIL-Mandat eine besondere Bedeutung beigemessen. Es kann nach Ansicht der Bundesregierung einen wichtigen Beitrag dazu leisten, der Destabilisierung des Libanon in Anbetracht der innenpolitischen Spannungen und des Konflikts im Nachbarland Syrien entgegen zu wirken.

Aids/HIV weiter zurück drängen

Im Juli dieses Jahres findet die nächste Welt-Aids-Konferenz in Washington statt. Die Neuinfektionen mit HIV und die Zahl der Todesfälle sinken stetig. Aber eine hohe Anzahl von Kindern wird weiterhin über ihre Mütter mit dem Virus infiziert. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich dem Ziel einer „Aids-freien Generation“ zu verpflichten. Dies soll finanziert werden, ohne dass der übrige Einsatz gegen HIV/Aids reduziert wird. 0,1 Prozent des BNE soll für Gesundheit in Entwicklungsländern verwandt werden. Die Aufklärung über HIV/Aids muss weiter gefördert werden. Der Zugang zu Medikamenten ist zu gewährleisten und Forschungskapazitäten sollen ausgebaut werden. Zudem sind patentrechtliche sowie handels- und finanzpolitische Fragen auf internationaler Ebene zu klären.

Menschenhandel eindämmen

Menschenhandel umfasst Zwangsprostitution, illegalen Organhandel und Zwangsarbeit. Er kann nur durch internationale Zusammenarbeit wirksam bekämpft werden. Doch Deutschland hat das Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels bisher nicht ratifiziert. Die Bundesregierung sieht keinen Bedarf, seine Regelungen in deutsches Recht umzusetzen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, das Übereinkommen zu ratifizieren. Dazu gehören ein verlängerbarer Aufenthaltstitel und besonderer Schutz für die Opfer. Strafverfolgung soll schon bei der Intention einer Tat möglich sein. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Fachberatungsstellen muss das Zeugnisverweigerungsrecht gelten. Zudem muss die Umsetzung von nationalen



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berichterstellerinnen und Berichterstatter überwacht und die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert werden.

Internationale Schutzverantwortung weiter entwickeln

Staaten müssen ihre Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, systematischer Gewalt gegen Minderheiten sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit schützen. Wenn ein Staat dies nicht leisten kann oder will, geht die Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) auf die internationale Gemeinschaft über. Bei den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu Libyen wurde die Schutzverantwortung zum ersten Mal angewandt. Die Bundesregierung ist dabei ihrer Unterstützungsfunktion nicht gerecht geworden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich für die Implementierung und Operationalisierung der Schutzverantwortung einzusetzen. Ein nationales und regionales Frühwarnsystem für Menschenrechtsverletzungen ist vonnöten. Die Schutzverantwortung soll ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden.

Sudan und Südsudan stabilisieren

Die Beziehungen zwischen der Republik Sudan und der neugegründeten Republik Südsudan haben sich verschlechtert. Ein weiterer Krieg droht und die humanitäre Situation verschärft sich. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung gemeinsam mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf, die Republik Sudan und die Republik Südsudan weiterhin in der Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik zu unterstützen. Das Länderkonzept Sudan muss angepasst werden. Die Eigenständigkeit beider Staaten, Rüstungskontrolle und eine Reform des Sicherheitssektors müssen dabei im Vordergrund stehen. Auf der europäischen Ebene ist ein kohärentes Regionalkonzept vonnöten. Im UN-Sicherheitsrat hat die Bundesregierung sich für die Ausstattung und Befähigung der vor Ort tätigen UN-Friedensmissionen einzusetzen. Sie sollen robuste Mandate erhalten und flexibel eingreifen können.